

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XII
Literaturverzeichnis	XIV

1. Teil. Zur Bearbeitung öffentlich-rechtlicher Klausuren

2. Teil. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts

1. Abschnitt. Das Urteil

§ 1. Übersicht	5
§ 2. Das Rubrum	5
I. Einleitung	5
II. Die Beteiligten	6
1. Die Bezeichnung der Beteiligten	6
2. Die einzelnen Beteiligten	6
3. Rechtsträger- und Behördenprinzip	8
III. Die Bezeichnung des Streitgegenstandes	9
IV. Die Bezeichnung des Gerichts	9
V. Muster eines Rubrums	10
§ 3. Der Tenor	11
I. Allgemeines	11
II. Tenorierungsbeispiele	12
§ 4. Der Tatbestand	29
I. Grundsätzliches	29
II. Der Aufbau des Tatbestandes	30
1. Übersicht	30
2. Der Einleitungssatz	31
3. Feststehender Sachverhalt	31
4. Die Verfahrensgeschichte	32
5. Die Klageerhebung	33
6. Das Klägervorbringen	33
7. Der Klägerantrag	34
8. Der Beklagtenantrag	35
9. Das Beklagtenvorbringen	35
10. Der Beigeladenenantrag und das Beigeladenenvorbringen	35
11. Repliken und Duplikaten	35
12. Die Prozessgeschichte	36
13. Der Schlussatz	37
§ 5. Die Entscheidungsgründe	37
I. Grundsätzliches	37
1. Der Urteilstil	37
2. Die Rechtsansichten der Beteiligten	38
3. Aufbau und Subsumtion	39
4. Die Darstellung von Meinungsstreiten	40
5. Richtige Schwerpunktbildung	41
6. Die Beweiswürdigung	41

II.	Die Erörterung spezieller Prozessfragen	42
III.	Auslegung des Klagebegehrens und Klageänderung	43
	1. Die Ermittlung des Klagebegehrens	43
	2. Die Klageänderung	44
IV.	Die Bekanntgabe des Ergebnisses	46
V.	Die Zulässigkeit der Klage	46
	1. Allgemeines	46
	a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	46
	b) Objektive und subjektive Klagehäufung	47
	c) Zur Reihenfolge der Prüfung	48
	2. Der Verwaltungsrechtsweg	48
	a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	48
	b) Bedeutung des § 17 a GVG	49
	c) Formulierungsbeispiel	51
	d) Abgrenzung zum Zivilrechtsweg	52
	e) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	55
	f) Aufdrängende Sonderzuweisungen	56
	g) Abdrängende Sonderzuweisung nach Landesrecht	56
	h) Sonderzuweisung für Justizverwaltungsakte	57
	i) Die Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 Satz 1 VwGO	58
	j) Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung	59
	3. Ordnungsgemäße Klageerhebung	60
	a) Die Form der Klageerhebung	60
	b) Der Inhalt der Klageschrift	62
	c) Bedingungslosigkeit der Klageerhebung	63
	4. Die statthafte Klageart	63
	a) Die Anfechtungsklage	64
	b) Die Verpflichtungsklage	72
	c) Die allgemeine Leistungsklage	73
	d) Die Fortsetzungsfeststellungsklage	74
	e) Die Feststellungsklage	76
	5. Die Klagebefugnis	80
	a) Aktive Prozessführungsbefugnis	80
	b) Möglichkeit einer subjektiven Rechtsverletzung	80
	c) Anfechtungsklage	81
	d) Verpflichtungsklage	84
	e) Fortsetzungsfeststellungs-, Feststellungs- und Leistungsklage	85
	f) Verfahrensvorschriften als subjektiv-öffentliche Rechte	86
	g) Verwirkung der Klagebefugnis	86
	h) Abweichende gesetzliche Regelungen	86
	6. Das Rechtsschutzbedürfnis	87
	a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage	87
	b) Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	88
	7. Die ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	91
	a) Erforderlichkeit des Vorverfahrens	91
	b) Der Fortsetzungsfeststellungswiderspruch	91
	c) Sacheinlassung durch den Beklagten	92
	d) Verzicht auf die Durchführung des Vorverfahrens	93
	e) Sachentscheidung durch Widerspruchsbehörde trotz Verfristung	93
	f) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	93
	g) Gesetzliche Ausnahmen von der Erforderlichkeit des Vorverfahrens	94
	h) Die Untätigkeitsklage	95
	8. Die Einhaltung der Klagefrist	96
	a) Die Klagefrist	96
	b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	97
	c) Keine Klagefrist bei vorprozessual erledigten Verwaltungsakten	98
	9. Die Beteiligungs- und Prozessfähigkeit	99
	10. Ordnungsgemäße Vertretung	100

11. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	100
VI. Die Begründetheit der Klage	101
1. Die Aktiv- und Passivlegitimation	101
2. Die Begründetheit der Anfechtungsklage	104
a) Gegenstand der Anfechtungsklage	104
b) Der Obersatz	105
c) Die Benennung der Rechtsgrundlage	105
d) Die Prüfung der formellen Rechtmäßigkeit	106
e) Die Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit	107
f) Formulierungsbeispiel zur Begründetheitsprüfung	117
g) Die <i>reformatio in peius</i>	118
3. Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	123
a) Der Obersatz	123
b) Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	124
c) Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage	124
d) Herstellung der Spruchreife	125
e) Subjektive Rechtsverletzung	126
f) Formulierungsbeispiele	126
4. Die Begründetheit der Leistungsklage	127
5. Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	128
6. Die Begründetheit der Feststellungsklage	129
VII. Die Begründung der Nebentscheidungen	130
§ 6. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	132
§ 7. Der Streitwertbeschluss	132
2. Abschnitt. Der Gerichtsbescheid	133
3. Abschnitt. Der Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	134
§ 8. Allgemeines	134
§ 9. Der Aufbau des Beschlusses	137
§ 10. Das Rubrum	137
§ 11. Der Tenor	138
I. Allgemeines	138
II. Tenorierungsbeispiele	138
§ 12. Die Gründe	147
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	147
II. Die rechtliche Würdigung	148
§ 13. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	150
§ 14. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	150
I. Einleitung	150
II. Die Zulässigkeitsprüfung	151
III. Die Begründetheitsprüfung	152
1. Der richtige Antragsgegner	152
2. Die formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung der sofortigen Vollziehung	152
a) Das Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 Satz 1 VwGO	152
b) Anhörung vor der Anordnung der sofortigen Vollziehung?	154
3. Die materielle Begründetheit	155
a) Der Prüfungsumfang des Gerichts	155
b) Die Prüfung der offensichtlichen Rechtmäßigkeit des VA	157
c) Das besondere Vollzugsinteresse	157
d) Formulierungsbeispiel	158

§ 15. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung	160
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	160
II. Die Prüfung des Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	161
1. Die Zulässigkeitsprüfung	161
2. Die Begründetheitsprüfung	162
3. Formulierungsbeispiel	164
§ 16. Die gerichtliche Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	164
I. Stathafte Antragsart	164
II. Der Aufbau des Beschlusses	165
III. Formulierungsbeispiel	165
§ 17. Das vorläufige gerichtliche Rechtsschutzverfahren beim VA mit Doppelwirkung	166
I. Einleitung	166
II. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der aufschiebenden Wirkung	167
1. Die Zulässigkeitsprüfung	167
2. Die Begründetheitsprüfung	168
3. Formulierungsbeispiel	169
III. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	170
IV. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der sofortigen Vollziehung	170
1. Der gerichtliche Entscheidungsmaßstab	170
2. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80 a Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO	171
3. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80 a Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 VwGO	171
§ 18. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	172
§ 19. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	173
I. Allgemeines	173
1. Typische Klausurthemen	173
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	173
II. Der Aufbau des Beschlusses nach § 123 VwGO	174
1. Die Zulässigkeitsprüfung	174
2. Die Begründetheitsprüfung	175
a) Der richtige Antragsgegner	175
b) Unterscheidung von Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung	176
c) Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	176
d) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	178
e) Reihenfolge der Prüfung	178
f) Der rechtliche Prüfungsmaßstab	179
g) Formulierungsbeispiel für eine Regelungsanordnung	181
§ 20. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	182
4. Abschnitt. Sonstige Beschlüsse des Verwaltungsgerichts	184
§ 21. Der Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	184
I. Das Verfahren bei übereinstimmender Erledigungserklärung	184
II. Der Aufbau des Beschlusses	184
III. Formulierungsbeispiel	185

§ 22. Die Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	186
I. Voraussetzungen für eine Vorabentscheidung	186
II. Der Aufbau des Beschlusses	186
III. Formulierungsbeispiel für einen Verweisungsbeschluss	187
 3. Teil. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	
1. Abschnitt. Das Normenkontrollurteil nach § 47 VwGO	189
§ 23. Allgemeines	189
§ 24. Das Rubrum	189
§ 25. Der Tenor	190
§ 26. Der Tatbestand	191
§ 27. Die Entscheidungsgründe	191
I. Die Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	191
1. Die Statthaftigkeit des Antrags	191
2. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	193
3. Partei- und Prozessfähigkeit	193
4. Die Antragsbefugnis	193
5. Das Rechtsschutzzinteresse	197
6. Form und Frist	198
II. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	198
1. Allgemeines	198
2. Die Passivlegitimation	199
3. Die formelle Wirksamkeit der Rechtsnorm	199
a) Kommunalrechtliche Verstöße beim Zustandekommen des Bebauungsplans	200
b) Ordnungsgemäße Ausfertigung des Bebauungsplans	200
c) Ordnungsgemäßes Abwägungsverfahren	201
d) Sonstige formelle Fehler	203
e) Beachtlichkeit der Verfahrensfehler	203
4. Die materielle Wirksamkeit der Rechtsnorm	205
5. Heilung von Fehlern im ergänzenden Verfahren	205
6. Die Nebentscheidung	206
§ 28. Die Rechtsmittelbelehrung	206
§ 29. Die Streitwertfestsetzung	206
§ 30. Formulierungsbeispiel	206
2. Abschnitt. Der Normenkontrollbeschluss nach § 47 VwGO	208
3. Abschnitt. Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	208
4. Abschnitt. Das Berufungszulassungsverfahren	209
§ 31. Allgemeines	209
§ 32. Das Rubrum	210
§ 33. Der Tenor	210
§ 34. Die Gründe	211
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	211

II Die rechtliche Würdigung	212
1. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrages	212
a) Die Statthaftigkeit des Antrags	212
b) Die Form des Zulassungsantrags	212
c) Einhaltung der Antragsfrist	213
d) Beschwer	213
e) Darlegung der Zulassungsgründe	214
2. Die Begründetheit des Zulassungsantrags	215
a) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	216
b) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	218
c) Die Zulassungsgründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 VwGO	219
d) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 5 VwGO	219
3. Die Nebenentscheidungen	220
§ 35. Die Rechtsmittelbelehrung	221
§ 36. Formulierungsbeispiel	221
5. Abschnitt. Die Beschwerde	223
§ 37. Allgemeines	223
§ 38. Das Rubrum	224
§ 39. Der Tenor	224
§ 40. Die Gründe	224
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstandes	224
II. Die rechtliche Würdigung	224
1. Die Zulässigkeit der Beschwerde	224
2. Die Begründetheit der Beschwerde	226
§ 41. Formulierungsbeispiel	227
6. Abschnitt. Berufung und Revision	230
4. Teil. Die verwaltungsbehördlichen Entscheidungen	
1. Abschnitt. Der Widerspruchsbescheid	233
§ 42. Allgemeines	233
§ 43. Der Eingangsteil	234
I. Der Eingangsteil in der Bescheidform	234
II. Der Eingangsteil in der Beschlussform	235
§ 44. Der Tenor	236
I. Allgemeines	236
II. Tenorierungsbeispiele	236
§ 45. Die Sachverhaltsdarstellung	241
§ 46. Die rechtliche Würdigung	242
I. Übersicht	242
II. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	242
III. Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	242
IV. Die Zulässigkeit des Widerspruchs	244
1. Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	244
2. Die Statthaftigkeit des Widerspruchs	244
3. Die Widerspruchsbefugnis	245

4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	245
5. Das allgemeine Widerspruchsinteresse	245
6. Form und Frist des Widerspruchs	246
V. Die Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	248
1. Die formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	248
2. Die materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	250
3. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde ..	252
4. Die reformatio in peius	254
5. Die Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung	255
VI. Die Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	256
1. Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	256
2. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde ..	257
3. Die reformatio in peius	259
VII. Die Begründung der Kostenentscheidung	259
§ 47. Die Rechtsbehelfsbelehrung	259
§ 48. Die Begleitverfügungen	260
§ 49. Formulierungsbeispiel	261
2. Abschnitt. Der Abhilfebescheid	264
§ 50. Grundsätzliches	264
§ 51. Die Gestaltung des Abhilfebescheids	266
§ 52. Formulierungsbeispiel	267
3. Abschnitt. Der Vorlagebericht	269
§ 53. Grundsätzliches	269
§ 54. Formulierungsbeispiel	270
4. Abschnitt. Der Ausgangsbescheid	272
§ 55. Einführung	272
§ 56. Der Eingangsteil	272
§ 57. Der Tenor des Bescheids	274
I. Grundsätzliches	274
II. Der Hauptausspruch	274
III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	275
IV. Die Androhung von Zwangsmitteln	275
V. Die Kostenentscheidung	278
§ 58. Die Begründung des Bescheids	278
I. Funktion der Begründung	278
II. Die Sachverhaltsdarstellung	279
III. Die rechtliche Würdigung	279
1. Die Begründung der Hauptentscheidung	279
2. Die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	281
3. Die Androhung von Zwangsmitteln	281
4. Die Begründung der Kostenentscheidung	281
§ 59. Rechtsbehelfsbelehrung und Schlussformel	281
§ 60. Formulierungsbeispiel	282

5. Teil. Das öffentlich-rechtliche Gutachten	
§ 61. Grundsätzliches	285
§ 62. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Gutachtens	286
§ 63. Das Hilfsgutachten	288
6. Teil. Die öffentlich-rechtliche Anwaltsklausur	
§ 64. Übersicht	291
§ 65. Anwaltsgutachten und Mandantenschreiben	293
I. Allgemeines	293
II. Der Aufbau des Anwaltsgutachtens	294
1. Die Sachverhaltsdarstellung	294
2. Die rechtliche Würdigung	294
3. Formulierungsbeispiel für ein Anwaltsgutachten	295
III. Das Mandantenschreiben	297
1. Inhalt des Mandantenschreibens	297
2. Formulierungsbeispiel für ein Mandantenschreiben	297
§ 66. Entwurf einer Klageschrift	299
I. Der Eingangsteil	299
II. Die Klagebegründung	300
1. Die Sachverhaltsdarstellung	300
2. Die rechtliche Würdigung	302
III. Formulierungsbeispiel	305
§ 67. Entwurf eines vorläufigen Rechtsschutzgesuchs	307
I. Allgemeines	307
II. Formulierungsbeispiel	308
§ 68. Entwurf einer Klage- oder Antragserwiderung	310
I. Allgemeines	310
II. Formulierungsbeispiel	311
§ 69. Entwurf einer Rechtsmittelbegründungsschrift	313
I. Die Berufungszulassungsschrift	313
1. Allgemeines	313
2. Formulierungsbeispiel	315
II. Die Beschwerdeschrift	317
1. Allgemeines	317
2. Formulierungsbeispiel	317
§ 70. Entwurf eines Widerspruchsschreibens	320
I. Allgemeines	320
II. Formulierungsbeispiel	321
7. Teil. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag	
§ 71. Die Bedeutung des Aktenvortrags	323
§ 72. Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag in der Prüfung	324
I. Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	324
II. Die Vorbereitung auf den Aktenvortrag	324
III. Der Vortrag in der mündlichen Prüfung	325
§ 73. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	325
I. Die Einleitung	326

II. Die Sachverhaltsschilderung	326
III. Die rechtliche Würdigung	327
IV. Der konkrete Entscheidungsvorschlag	328
§ 74. Formulierungsbeispiel	328
8. Teil. Arbeitshilfen – Aufbauschemata zu den verschiedenen Aufgabenstellungen	
§ 75. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im Hauptsacheverfahren	333
A. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen	333
B. Die einzelnen Klagearten	334
I. Die Anfechtungsklage	334
II. Die Verpflichtungsklage	335
III. Die Leistungsklage	336
IV. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	336
V. Die Feststellungsklage	337
§ 76. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	337
A. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen	337
B. Die einzelnen Antragsarten	338
I. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach sect; 80 Abs. 5 Satz 1 2. Alt. VwGO	338
II. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 1. Alt. VwGO	339
III. Die Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	340
IV. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	340
V. Die Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	341
VI. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim VA mit Doppelwirkung zu- gunsten des Begünstigten	341
VII. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA mit Doppelwirkung zu- gunsten des Dritten	342
VIII. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 3 VwGO	342
IX. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	343
X. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	344
§ 77. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts	344
I. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	344
II. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO	345
III. Die Berufungszulassung nach §§ 124, 124 a VwGO	346
IV. Die Beschwerde nach § 146 Abs. 1, 4 VwGO	346
§ 78. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren	347
I. Der Widerspruchsbescheid	347
II. Der Ausgangsbescheid	349
Sachverzeichnis	351